

## Gedenkstunde zur Reichspogromnacht am 11.11.2023

Es gilt das gesprochene Wort!

Wir erinnern heute an die schrecklichen Taten des NS-Regimes in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938. Vor 85 Jahre wurden etwa 7.500 jüdische Geschäfte, zerstört, über 1.200 Synagogen niedergebrannt sowie zahllose Wohnungen verwüstet. 91 Juden wurden erschlagen, niedergestochen oder zu Tode geprügelt.

In den Tagen darauf wurden im ganzen deutschen Reich über 30.000 jüdische Männer verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt. Etwa 1.300 Personen starben infolge der Novemberpogrome durch Gewalt, unmenschliche Haftbedingungen oder Suizid.

Auch in Ansbach wurden in der Reichspogromnacht und den Tagen danach Verbrechen verübt. Die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger wurden zum Teil unter Schlägen und Prügeln in die Rezhalle getrieben, ihre Wohnungen wurden verwüstet, die Synagoge geschändet, sogenannte Sühnezahlungen für die Schäden durch die Verwüstungen verlangt. In den Folgetagen wurde jüdischer Besitz an Nazis und NS-Gefolgsleute weit unter Wert verkauft - die sogenannten Arisierungen. Diese konzentrierte Gewalt war der Auftakt, die Stadt „judenfrei“ zu machen, wie man das nannte.

All das endete im Fanal des Holocausts mit über 6 Millionen getöteten Jüdinnen und Juden - ein singuläres Verbrechen, dem wir seit Jahren in unserer Stadt gedenken und die Notwendigkeit dieses Gedenkens auch Jahrzehnte nach der Shoa haben wir stets hervorgehoben.

Am 7. Oktober 2023 griff die Hamas den Staat Israel an, mit dem Ziel der Vernichtung der Juden und des Staates Israels auch durch die Aktivierung anderer Gruppen und Staaten wie der Hisbollah, dem Iran, oder dem Emirat Katar. Auch aus der Türkei vernimmt man verstörende Worte des Präsidenten.

Es wurden Jüdinnen und Juden misshandelt, vergewaltigt, entführt und rund 1400 Menschen, darunter Kinder und Säuglinge auf grausamste Weise ermordet. Dieser barbarische Terror ist in aller Form zu verurteilen. Wenigstens ein Anklagepunkt aus den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, die all das für die Zukunft eigentlich verhindern sollten, so die Idee, wurde erfüllt: Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Nicht nur, aber insbesondere unsere Geschichte verpflichtet uns zu uneingeschränkter Solidarität mit Israel und allen Jüdinnen und Juden.

Nach der furchtbaren NS-Zeit hat Deutschland sich mit dem Grundgesetz ganz klar aufgestellt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Und weiter: „Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als

Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Auf deutschen Straßen Demonstrationen gegen Juden, offenem Antisemitismus und Angriffe auf das jüdische Leben zu sehen, ist erschütternd und muss mit aller staatlicher Gewalt unterbunden werden. Dies ist alternativlos.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am 9. Oktober 2023 erklärt: „Wir können es nicht dulden, wenn auf offener Straße versucht wird, die brutalen Attacken auf Israel auch noch zu feiern. Wer diesen Terror bejubelt, der entwürdigt nicht nur die Opfer, der tritt auch die Menschenwürde und unsere deutsche Verfassung mit Füßen.“

Menschen reklamieren die deutschen Rechte, wie die Meinungsfreiheit oder das Versammlungsrecht für sich, treten aber andere Rechte mit Füßen, wie die Menschenrechte, die unantastbare Würde des Menschen oder die Religionsfreiheit, leben Hass und Hetze offen aus und stellen das ebenfalls unantastbare Existenzrecht des Staates Israel in Frage (Demonstration in Essen am 10.11.2023).

Hier gilt es zu handeln! Die Rechte in Deutschland gelten für alle, es darf keiner Angst haben, seine Religion auszuüben oder seine Religionszugehörigkeit zu zeigen. Und wer das nicht akzeptiert und die Werte unseres Landes nicht vollumfänglich teilt, für den darf es in Deutschland, dem Land der Täter des Holocausts, damit einem Land mit besonderer Verantwortung für jüdisches Leben, keinen Platz geben.

85 Jahre nach der Reichspogromnacht haben wieder Jüdinnen und Juden Angst in Deutschland – dies ist die traurige Realität. Und hier sind wir alle gefragt, dem entgegenzutreten. Ich hoffe nicht, dass wir so weit gehen müssen, wie es König Christian X. und viele Däninnen und Dänen im 2. Weltkrieg nachgesagt wird. Wir sollten aber vorbereitet sein. Handeln wir im Zweifelsfall nicht mutig und kraftvoll, waren alle eindringlichen Worte bei den Gedenkstunden zur Reichspogromnacht und zum Holocaustgedenktag nur Füllmaterial von Sonntagsreden.

Daher: „Nie wieder“ gilt für uns Deutsche in ganz besonderer Weise! Veranstaltungen wie heute lassen uns den Opfern gedenken. Sie geben uns aber auch die Chance, die Erinnerung wach zu halten, uns damit auseinander zu setzen und aus der Vergangenheit zu lernen. In einer Welt voller Fake-News und Tatsachenverdrehungen muss Aufklärung unser Handeln bestimmen.

Die Opferumkehr der Hamas, die am 7. Oktober den tödlichen Angriff startete, mit dem Ziel den ganzen Nahen Osten zu destabilisieren, ist ein brutaler terroristischer Angriff und kein Freiheitskampf! Mit Massakern, mit Mord und Entführung befreit man niemanden. Ich hoffe, dass das Palästinensische Volk die Kraft findet zu erkennen, dass die Hamas das eigene Volk für ihren Terror opfert.

Herrn Staatsminister a.D. Dr. Spaenle, es ist für uns eine große Ehre, dass Sie nach Ansbach gekommen sind und unserer Gedenkveranstaltung damit eine besondere Bedeutung geben. Vielen herzlichen Dank!

Herzlichen Dank an die evangelisch-lutherische Kirche und die katholischen Pfarreien Ansbachs für die gemeinsame Organisation der Gedenkstunde und ihr Engagement. Ich bedanke mich bei Herrn Dekan Sassik und Herrn Dekan Dr. Büttner für die Beteiligung an der Gedenkstunde.

Auch Dir, lieber Alexander Biernoth, möchte ich stellvertretend für den Frankenbund Ansbach e. V. für den langjährigen und aktuellen Einsatz danken. Mein Dank gebührt auch dem Theresien-Gymnasium für das musikalische Rahmenprogramm.

An Sie alle: Vielen Dank, dass Sie heute gekommen sind und sich für eine Gesellschaft ohne Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung einsetzen.

Meine Damen und Herren, jeder einzelne von uns trägt die Verantwortung für unsere Rechte und Werte einzustehen! Sie haben dies mit Ihrer Teilnahme heute in beeindruckender Weise getan.

Nach dem nächsten Musikstück darf ich Ihnen, Herrn Staatsminister a. D. Dr. Spaenle, das Wort geben.